

 **Bundeskanzleramt**

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.033.801

Wien, am 14. März 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Jänner 2022 unter der Nr. **9304/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „800 Tage Regierungsprogramm – 100 Tage Bundesregierung Nehammer: Reformen im Bereich der Grund- und Freiheitsrechte“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1a:

1. *Erarbeitung einer ganzheitlichen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus*
 - a. *Welche konkreten Maßnahmen wurden in diesem Bereich gesetzt?*

Die Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Diesem Anliegen wird mit dem Regierungsprogramm „Aus Verantwortung für Österreich. 2020 – 2024“ entsprechend Rechnung getragen. Für die

Umsetzung dieser Ziele durch konsequente und entsprechende Maßnahmen setze ich mich selbstverständlich in meinem Zuständigkeitsbereich ein.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 1587/J vom 22. April 2020, Nr. 2651/J vom 6. Juli 2020, Nr. 2736/J vom 8. Juli 2020, Nr. 3086/J vom 14. August 2020, Nr. 3743/J vom 9. Oktober 2020, Nr. 4027/J vom 9. November 2020, Nr. 4090/J vom 12. November 2020 Nr. 5093/J vom 20. Jänner 2021, Nr. 5454/J vom 17. Februar 2021, Nr. 8157/J vom 6. Oktober 2021 sowie Nr. 8268/J vom 14. Oktober 2021.

Ergänzend stellt der Ausbau der gesetzlich verpflichtenden Werte- und Orientierungskurse zu einem mehrtägigen Format, u.a. durch Vertiefungen, insbesondere betreffend des Themas Antisemitismus, eine wichtige Maßnahme in diesem Bereich dar und soll zu einer frühestmöglichen und vertiefenden Vermittlung wichtiger Inhalte bei Zugewanderten führen.

Zu den Fragen 1b und 1c:

- b. Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2022 wann gesetzt werden?*
- c. Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung involviert?*

Ich verweise auf die weitere geplante Umsetzung des aktuellen Regierungsprogramms „Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020 – 2024“ und ersuche um Verständnis, dass Aussagen zu zukünftigen Maßnahmen erst bei der konkreten Umsetzung der Regierungsprojekte getroffen werden können. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dazu stets anlassbezogen im Austausch mit unterschiedlichen Organisationseinheiten anderer Ministerien, um eine breite Einbindung und umfassende Expertise verschiedener staatlicher Akteurinnen und Akteure sicherzustellen.

MMag. Dr. Susanne Raab

